Regierungsforschung.de
Das wissenschaftliche Online-Magazin
der NRW School of Governance

Michael Kaeding

« Alternative für Deutschland » und « Plan B »: Die Europäisierung der Protestwähler.

Konsequenzen für die Europa-Wahl 2014.

02. Mai 2013

NRW School of Governance
www.nrwschool.de

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Redaktion
Matthias Bianchi, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 4106
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
matthias.bianchi@uni-due.de

Wissenschaftliche Koordination
Kristina Weissenbach, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
kristina.weissenbach@uni-due.de

Sekretariat
Anita Weber
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
anita.weber@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)
Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Redaktionsanschrift
Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706
Fax +49 (0) 203 / 379 – 3179
redaktion@regierungsforschung.de

www.nrwschool.de
www.forschungsgruppe-regieren.de
www.politik.uni-duisburg-essen.de

« Alternative für Deutschland » und « Plan B »: Die Europäisierung der Protestwähler.

Konsequenzen für die Europa-Wahl 2014.

Von Michael Kaeding[1]

Man möchte kaum an einen Zufall glauben. Just in dem Moment, wo sich hierzulande die Anti-Euro-Partei „Alternative für Deutschland"(AfD) unter Führung einiger Wirtschaftsprofessoren formiert, gründet der Linkspolitiker Alekos Alavanos in Griechenland die Partei „Plan B", die für einen Austritt des Landes aus dem Euroraum und die Wiedereinführung der Drachme plädiert. Auch hier soll schon der Parteiname darauf anspielen, dass die Konsenspolitik der Mainstream-Parteien zur Euro-Rettung nicht so alternativlos ist, wie sie häufig dargestellt wird.

Wenn man das erklärte Hauptziel der beiden populistischen, eurokritischen Parteien miteinander vergleicht, könnte man einige Gemeinsamkeiten feststellen, die die jeweiligen Gründer bestimmt nicht beabsichtigt haben. Sie surfen beide auf der Welle des im gesamten Euroraum verbreiteten Verdrusses hinsichtlich der nicht enden wollenden Rettung der Gemeinschaftswährung.

Protestparteien sind europaweit etabliert

Protestparteien sind kein neues Phänomen. Wirtschafts- und Vertrauenskrisen verursachen Frust bei den Bürgern hinsichtlich des Politik-Establishments und der herrschenden Politik. Das bereitet den Nährboden für neue links- oder rechtpopulistische Bewegungen, die sich dieser Verdrossenheit bedienen, um aus ihr politisch Gewinn zu ziehen. Die beiden jüngsten Beispiele in Deutschland waren die „WASG", die als Reaktion auf Schröders Agenda 2010 entstand und später in der Partei „Die Linke" aufging, und die „Piraten-Partei", deren Emporkommen eine allgemeinere Unzufriedenheit mit der heutigen Politikgestaltung zum Ausdruck brachte.

Auch in anderen Ländern Europas sind diese Bewegungen schon seit längerer Zeit zu beobachten. Zu den Veteranen der rechtspopulistischen oder –extremistischen Protestparteien gehören sicherlich die unter Jörg Haider groß gewordenen FPÖ in Österreich und der inzwischen von Jean-Marie Le Pens Tochter Marine geführte Front National in Frankreich. In vielen Ländern – Österreich, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Belgien, Polen, Niederlande, Slowakei – gehören

[1] Dr. Michael Kaeding ist Professor für Europäische Integration und Europapolitik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen. Er forscht schwerpunktmäßig zu allen europäischen Institutionen, der Umsetzung europäischer Gesetzgebung in den Mitgliedsstaaten und der Europäisierung nationaler politischer Systeme.

diese Akteure inzwischen zum festen Parteienspektrum und sind teilweise an der Regierungsbildung beteiligt.

Die Krise beschleunigt das Wachstum der Protestparteien in Europa

In letzter Zeit jedoch – und dabei hatte die Wirtschafts-, Schulden- und Währungskrise sicherlich einen bedeutenden Einfluss – hat sich die Gründung und das Wachstum dieser Protestbewegungen erheblich beschleunigt. Man denke an die jüngsten Wahlerfolge der „Wahren Finnen" eines Timo Soini, der italienischen „Bewegung 5 Sterne" des Berufskomikers Beppe Grillo und des von Alexis Tsipras geführten griechischen Parteienbündnisses „Syriza".

Neu dabei ist, wie sich sowohl die althergebrachten Populisten wie auch die aus dem Boden schießenden neuen Parteien in zunehmendem Maße gegen Europa und vor allem die Politik der Euro-Rettung wenden. Denn in der Vergangenheit boten vor allem Themen wie Einwanderung, Kriminalität, soziale Ungerechtigkeit und Arbeitslosigkeit den vorherrschenden Stoff für die Wahlkampfparolen der Protestparteien.

Sicherlich, das technokratische Brüssel war schon bei FPÖ und Front National nie beliebt und häufig der Sündenbock für viele Übel, und für die „UK Independence Party" (UKIP) stellt der erstrebte Austritt Großbritanniens aus der EU die Daseinsberechtigung der Bewegung dar. Die Gründe ihrer skeptischen Haltung gegenüber der europäischen Integration waren immer sehr vielfältig und bewegten sich zwischen der Sorge um die nationale Unabhängigkeit, der Angst vor Fremdbestimmung und einer zu großen Heterogenität im Wertesystem der EU.

Zunehmend führen diese Parteien nun aber ökonomische Argumente ins Feld. Das Wettern gegen – je nach Perspektive – die Eurorettung auf Kosten der ehrlichen Steuerzahler oder das von den Gebern verordnete Kaputtsparen scheint ihnen ein effizienteres Mittel, um die Stimmen der unzufriedenen und verzweifelten Wähler auf sich zu vereinen.

Auch in Deutschland wird durch die Gründung der AfD mit dem liberalen Konsens („permissive consensus") hinsichtlich der EU gebrochen. Die Voraussetzungen für eine eurokritische Partei rechts der Union sind gegeben. Ob die Initiative der AfD von Erfolg gekrönt wird, ist nicht auszuschließen, aber auch nicht gewiss.

Zumeist haben Protestparteien Erfolg, wenn ihnen ein charismatischer, volksnaher Parteichef vorsteht, der die Struktur dominiert und der Bevölkerung aus dem Herzen spricht – siehe Geert Wilders in den Niederlanden, Pia Kjærsgaard in Dänemark oder Bart de Wever in Belgien. Oder aber sie sind Grassroots-Bewegungen im Internet-Zeitalter wie die Piratenpartei oder – zu einem gewissen Anteil – das „Movimento 5 Stelle". Ob ein Zusammenschluss von männlichen Professoren- und Doktorentiteln den nötigen Anklang in der in der Bevölkerung findet, bleibt abzuwarten. Das ZDF-Politbarometer sieht die AfD aktuell bei drei Prozent.

Eine realistische Chance bei der Europawahl in 2014

Interessant wird nun das Phänomen der europa- oder eurokritischen Protestparteien insbesondere in Hinblick auf die im Mai 2014 stattfindenden Europa-Wahlen. Jetzt bereits sitzen einige europakritische Fraktionen im Europäischen Parlament (EP). Neben der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR, 53 Abgeordnete), die vor allem britische, tschechische und polnische nationalkonservative Positionen vertreten, gibt es die Fraktion des Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD, 35 Mitglieder), deren bedeutendste Mitglieder von der britischen „UKIP" und der italienischen „Lega Nord" kommen.

Aber auch in der Fraktion „Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke" (GUE/NGL, 34 Abgeordnete) sind unter den Mitgliedern der südlichen und nördlichen Länder europaskeptische Einstellungen sehr weit verbreitet. Nicht außer Acht zu lassen sind auch die zahlreichen fraktionslosen Abgeordneten (27), die nicht die Kriterien zur Gründung einer eigenen Fraktion erfüllen, allerdings mehr oder weniger euroskeptischen Positionen vertreten. Alles in allem stellen diese Abgeordneten 149 der 754 EP-Mitglieder, d.h. 20 Prozent der Gesamtheit aller Europaabgeordneten.

Erkennt man zudem, dass es immer weniger Mitgliedstaaten gibt, in denen EU-Skeptiker keine realistische Chance haben, bei der Europawahl in 2014 weitere Sitze im EP zu erhalten, wird deren Einfluss weiter steigen. Zumal EP-Wahlen ja häufig von der Bevölkerung als weniger bedeutend wahrgenommen werden („second-order effect"). Diese ist dadurch eher geneigt, Protestparteien und Außenseitern die Stimme zu geben, d.h. man stimmt nicht strategisch-rational kalkulierend ab, um eine bestimmte Koalition zu erreichen, sondern stattdessen nach tatsächlichen Interessen („vote with your heart"). Darüber hinaus mag die Europa-Wahl im Mai 2014 als der richtige Anlass erscheinen, seinem Unmut über die Europa-Politik und die Euro-Rettung Ausdruck zu verleihen. (Dabei mag wohl übersehen werden, dass die Euro-Rettung vorwiegend in der Eurogruppe der Finanzminister und im Europäischen Rat bestimmt wird, wobei das EP häufig keinen oder kaum Einfluss auf die Entscheidungen hat – im Gegensatz zu anderen Politikfeldern.)

Europa- oder eurokritische Protestparteien werden ein leichtes Spiel haben

Die Aussichten, dass es in der Euro-Rettung bis zum nächsten Frühsommer zum entscheidenden Durchbruch kommt, sind gering. Eurokritiker werden bei der EP-Wahl also ein leichtes Spiel haben. Das Risiko eines Europaparlaments, in dem Protestparteien einen entscheidenden Anteil der Sitze erhalten, ist real. Und ob der Plan der großen Parteien, mit einem europaweiten Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten ins Rennen zu gehen und dadurch die Wähler zu mobilisieren und an sich zu binden, dies verhindern kann, ist fraglich.

Das wirft viele Fragen auf: Wie werden sich die europa- oder eurokritischen Protestparteien verhalten? Werden sie aus den Fehlern der ultranationalistischen und antieuropäischen Frakti-

on Identität, Tradition, Souveränität (ITS), die im Jahr 2007 nur 10 Monate währte, bevor sie auseinanderbrach, die nötigen Konsequenzen ziehen? Werden sie lernen, mit einer Stimme zu sprechen, und wird es ihnen gelingen, im Parlament eine stabile und machtpolitisch entscheidende Kraft zu werden? Und falls das gelingt, stünde dann die Handlungsfähigkeit des EU-Parlaments auf dem Spiel, da dann zur Beschlussfassung ein Konsens aller Mainstream-Parteien notwendig wäre?

Vor allem auch aus deutscher Sicht besteht – nicht zuletzt durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 9. November 2011 (2 BvC 4/10, 2 BvC 6/10, 2 BvC 8/10), das die in Deutschland geltende Fünf-Prozent-Sperrklausel für das Europaparlament für verfassungswidrig und nichtig erklärt hat – die reale Gefahr, dass die Mainstream-Parteien numerisch und machtpolitisch geschwächt werden. Ohne Stimmhürde bei der Europawahl würde auch Kleinstparteien die Möglichkeit eingeräumt, ins Europaparlament einzuziehen. Das könnte wiederum die Position der deutschen Delegationen innerhalb der europäischen Fraktionen empfindlich beeinträchtigen. Sollte der Anteil der deutschen Abgeordneten innerhalb der großen europäischen Fraktionen schrumpfen, würde sich der Einfluss deutscher Interessen auf die europäische Gesetzgebung verringern. Darüber hinaus könnte ein massiver Wahlverfolg der Euro-Kritiker die Handlungsfähigkeit des EU-Parlaments und der gesamten Europäischen Union aufs Spiel setzen.

Hinweis:

Dieser Beitrag ist eine längere und überarbeitete Version von Kaeding, Michael (2013): Beunruhigende Alternative. Erschienen in: Süddeutsche Zeitung, Aussenansicht. Montag, 29.April 2013 Seite 2. Wir bedanken uns bei der Redaktion der Süddeutschen Zeitung für die Möglichkeit zur Zweitverwertung dieses Beitrags.